

Starkregen im Siedlungsbereich - Ziele und Maßnahmen



Gefährdung der Kommunen gegenüber Starkregenereignissen untersuchen (Gefahren- und Risikoanalyse)

- Neuralgische Punkte, Schadenspotenziale und gefährdete Infrastrukturen und Immobilien identifizieren
- Querschnitte von kleineren Flüssen oder Bächen überprüfen
- Erfahrungen aus der Vergangenheit und historischen Umgang mit Starkregenereignissen einbeziehen
- Unterschiedliche Gefährdungsszenarien entwickeln
- Sofern möglich Geoinformationssysteme einsetzen (z.B. digitale Daten zu Geländeprofilen, Siedlungsstrukturen, Landnutzungen, Abflussmodellierungen)

Bevölkerung informieren

- Sensibilisierung der Bevölkerung für vorsorgende Maßnahmen und richtiges Verhalten
- Information der Bürger über Möglichkeiten des Versicherungsschutzes
- Aufklärung der jüngeren Generationen (z.B. in Schulen und Bildungszentren)
- Echtzeitwarnung für den Unwetterfall bereitstellen und mit konkreten Handlungsempfehlungen verbinden

Ereignismanagement im Schadensfall optimieren

- Einbindung der Einsatzkräfte in die Planungsprozesse zur besseren Abstimmung im Vorfeld
- Gezielte Auswertung von Einsätzen zur Verbesserung in der Zukunft
- Eigentum sichern durch rechtzeitige Selbsthilfe
- Eigenvorsorge der Hauseigentümer verbessern: Bereithalten grundlegender Utensilien (z.B. Gummistiefel) und Materialien für mobilen Hochwasserschutz (z.B. Bretter)

Präventive Anpassung der Infrastruktursysteme

- Wasserbauliche Maßnahmen
 - Engpässe im Kanalnetz beseitigen
 - Unterirdische Regensammelbecken anlegen
 - Sicherung von Abwasserbehandlungsanlagen gegen Eindringen des Wassers von Außen
 - Trennkansysteme in Neubaugebieten anlegen
 - Sofern möglich, Regenwasserentsorgung der Grundstücke vom Kanalnetz abkoppeln
 - Abflusshindernisse (z.B. tief liegende Brücken) an kleineren Flüssen und Bächen beseitigen oder modifizieren
- Straßenbauliche Maßnahmen
 - Bordsteine an gefährdeten Stellen erhöhen
 - Mittelrinnen schaffen, um Einstauvolumen zu erhöhen
 - Straßenbegleitende Mulden-Rigolensysteme anlegen
 - Straßenabflüsse von Unrat freihalten

Vorsorgender Schutz von Gebäuden

- Bauvorsorge am Gebäude
- Rückschlagklappen am Übergang zum Kanal einbauen
- Wichtige häusliche Anlagen (z.B. Stromversorgung) aus dem Gefahrenbereich entfernen und in höheren Stockwerken unterbringen
- Überflutungssichere Hauseingänge schaffen
- Kellereingänge und Lichtschächte erhöhen
- Garageneinfahrten nicht absenken
- Tiefgaragen wenn möglich vermeiden gegen eindringendes Regenwasser sichern
- Vorrichtungen schaffen, um mobile Hochwasserschutzwände, Bohlen oder Balken schnell einführen zu können
- Hagelfestes Glas bei Dachfenstern einsetzen

- Maßnahmen, die das Eindringen von Wasser und Boden aus dem Außenbereich verhindern
- Schutz von Gebäuden mittels bautechnischer Schutzwälle
- Weitere Maßnahmen: siehe Handlungsfeld „Umgang mit Starkregen im Außenbereich“

Planerische Flächenvorsorge

- Freihalten von Flächen an neuralgischen Punkten, wie an Flüssen oder am Fuße von Hängen
- Festsetzungen in Bebauungsplänen nach § 9 BauGB (z.B. Regenwasserversickerung auf Grundstücken, Dachbegrünung, Zisternen, Mulden)
- Bei Baugenehmigungen auf dezentrale Regenwasserversickerung achten
- Wichtige Infrastruktureinrichtungen (z.B. Leitstelle der Feuerwehr) nicht an neuralgischen Standorten platzieren

Dezentraler Wasserrückhalt und Abflussminderung

- Flächenentsiegelung und Begrünung
- Dachbegrünung
- Dezentrale Niederschlagsversickerung auf privatem Grund und in öffentlichen Grünanlagen
- Rasengittersteine für Stellplätze verwenden
- Bau von Versickerungsmulden und oberirdischen Regenrückhaltebecken
- Einsatz von Zisternen auf privaten Grundstücken für Wasserrückhalt und -speicherung
- Renaturierung von kleineren Flüssen und Bächen sowie Schaffung von Retentionsflächen
- In Notfällen Spiel- und Sportplätze durch Geländemodellierung als Regenwasserrückhaltebecken nutzbar machen
- Gezielter Einsatz kommunaler Satzungen zugunsten des dezentralen Wasserrückhalts (Gebührensplittung in Abwassergebührensatzung, Vorgaben zum Versiegelungsgrad in örtlichen Stellplatzsatzungen)